

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Grundregeln für die Beziehung zwischen Kunde und Bank

Die Bank richtet ihr Angebot ausschließlich an Unternehmer im Sinne des § 14 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB). Unternehmer ist eine natürliche oder juristische Person oder eine rechtsfähige Personengesellschaft, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt. Diese Geschäftsbedingungen gelten daher ausschließlich für Verträge und Rechtsgeschäfte mit Unternehmern. Die Bank bietet keine Produkte und Dienstleistungen für Verbraucher an.

1. Geltungsbereich und Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen

(1) Geltungsbereich

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und den inländischen Geschäftsstellen der Bank (im Folgenden Bank genannt). Daneben gelten für einzelne Geschäftsbeziehungen (zum Beispiel für das Wertpapiergeschäft, den Zahlungsverkehr und für den Sparverkehr) Sonderbedingungen, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten; sie werden bei der Kontoeröffnung oder bei Erteilung eines Auftrages mit dem Kunden vereinbart. Unterhält der Kunde auch Geschäftsverbindungen zu ausländischen Geschäftsstellen, sichert das Pfandrecht der Bank (Nummer 14 dieser Geschäftsbedingungen) auch die Ansprüche dieser ausländischen Geschäftsstellen.

(2) Änderungen

a) Änderungsangebot

Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (zum Beispiel das Online-Banking), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden.

b) Annahme durch den Kunden

Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt, gegebenenfalls im Wege der nachfolgend geregelten Zustimmungsfiktion.

c) Annahme durch den Kunden im Wege der Zustimmungsfiktion

Das Schweigen des Kunden gilt nur dann als Annahme des Änderungsangebots (Zustimmungsfiktion), wenn

(aa) das Änderungsangebot der Bank erfolgt, um die Übereinstimmung der vertraglichen Bestimmungen mit einer veränderten Rechtslage wiederherzustellen, weil eine Bestimmung dieser Geschäftsbedingungen oder der Sonderbedingungen

- aufgrund einer Änderung von Gesetzen, einschließlich unmittelbar geltender Rechtsvorschriften der Europäischen Union, nicht mehr der Rechtslage entspricht oder
- durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, auch durch ein Gericht erster Instanz, unwirksam wird oder nicht mehr verwendet werden darf oder
- aufgrund einer verbindlichen Verfügung einer für die Bank zuständigen nationalen oder internationalen Behörde (z. B. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder der Europäischen Zentralbank) nicht mehr mit den aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen der Bank in Einklang zu bringen ist

und

(bb) der Kunde das Änderungsangebot der Bank nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen abgelehnt hat.

Die Bank wird den Kunden im Änderungsangebot auf die Folgen seines Schweigens hinweisen.

d) Ausschluss der Zustimmungsfiktion

Die Zustimmungsfiktion findet keine Anwendung

- bei Änderungen der Nummern 1 Absatz 2 und 12 Absatz 5 der Geschäftsbedingungen und der entsprechenden Regelungen in den Sonderbedingungen oder
- bei Änderungen, die dem Abschluss eines neuen Vertrages gleichkommen, oder
- bei Änderungen, die das bisher vereinbarte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung erheblich zugunsten der Bank verschieben würden.

In diesen Fällen wird die Bank die Zustimmung des Kunden zu den Änderungen auf andere Weise einholen.

e) Kündigungsrecht des Kunden bei der Zustimmungsfiktion

Macht die Bank von der Zustimmungsfiktion Gebrauch, kann der Kunde den von der Änderung betroffenen Vertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird die Bank den Kunden in ihrem Änderungsangebot besonders hinweisen.

2. Bankgeheimnis und Bankauskunft

(1) Bankgeheimnis

Die Bank ist zur Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet, von denen sie Kenntnis erlangt (Bankgeheimnis). Informationen über den Kunden darf die Bank nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten oder der Kunde eingewilligt hat oder die Bank zur Erteilung einer Bankauskunft befugt ist.

(2) Bankauskunft

Eine Bankauskunft enthält allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit; betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben, Depot- oder sonstige der Bank anvertraute Vermögenswerte sowie Angaben über die Höhe von Kreditinanspruchnahmen werden nicht gemacht.

(3) Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankauskunft

Die Bank ist befugt, über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute Bankauskünfte zu erteilen, sofern sich die Anfrage auf ihre geschäftliche Tätigkeit bezieht. Die Bank erteilt jedoch keine Auskünfte, wenn ihr eine anders lautende Weisung des Kunden vorliegt. Bankauskünfte über andere Personen, insbesondere über Privatkunden und Vereinigungen, erteilt die Bank nur dann, wenn diese generell oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt haben. Eine Bankauskunft wird nur erteilt, wenn der Anfragende ein berechtigtes Interesse an der gewünschten Auskunft glaubhaft dargelegt hat und kein Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange des Kunden der Auskunftserteilung entgegenstehen.

(4) Empfänger von Bankauskünften

Bankauskünfte erteilt die Bank nur eigenen Kunden sowie anderen Kreditinstituten für deren Zwecke oder die ihrer Kunden.

3. Haftung der Bank; Mitverschulden des Kunden

(1) Haftungsgrundsätze

Die Bank haftet bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen für jedes Verschulden ihrer Mitarbeiter und der Personen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzuzieht. Soweit die Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen oder sonstige Vereinbarungen etwas Abweichendes regeln, gehen diese Regelungen vor. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten (zum Beispiel durch Verletzung der in Nr. 11 dieser Geschäftsbedingungen aufgeführten Mitwirkungspflichten) zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.

(2) Weitergeleitete Aufträge

Wenn ein Auftrag seinem Inhalt nach typischerweise in der Form ausgeführt wird, dass die Bank einen Dritten mit der weiteren Erledigung betraut, erfüllt die Bank den Auftrag dadurch, dass sie ihn im eigenen Namen an den Dritten weiterleitet (weitergeleiteter Auftrag). Dies betrifft zum Beispiel die Einholung von Bankauskünften bei anderen Kreditinstituten oder die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren im Ausland. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung des Dritten.

(3) Störung des Betriebs

Die Bank haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignisse oder durch sonstige von ihr nicht zu vertretende Vorkommnisse (zum Beispiel Streik, Ausspernung, Verkehrsstörung, Verfügungen von hoher Hand im In- oder Ausland) eintreten.

4. Grenzen der Aufrechnungsbefugnis des Kunden, der kein Verbraucher ist

Ein Kunde, der kein Verbraucher ist, kann gegen Forderungen der Bank nur aufrechnen, wenn seine Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Diese Aufrechnungsbeschränkung gilt nicht für eine vom Kunden zur Aufrechnung gestellte Forderung, die ihren Rechtsgrund in einem Darlehen oder einer Finanzierungshilfe gemäß §§ 513, 491 bis 512 BGB hat.

5. Verfügungsberechtigung nach dem Tod des Kunden

Nach dem Tod des Kunden hat derjenige, der sich gegenüber der Bank auf die Rechtsnachfolge des Kunden beruft, der Bank seine erbrechtliche Berechtigung in geeigneter Weise nachzuweisen.

Wird der Bank eine Ausfertigung oder eine beglaubigte Abschrift der letztwilligen Verfügung (Testament, Erbvertrag) nebst zugehöriger Eröffnungsniederschrift vorgelegt, darf die Bank denjenigen, der darin als Erbe oder Testamentsvollstrecker bezeichnet ist, als Berechtigten ansehen, ihn verfügen lassen und insbesondere mit befreiender Wirkung an ihn leisten. Dies gilt nicht, wenn der Bank bekannt ist, dass der dort Genannte (zum Beispiel nach Anfechtung oder wegen Nichtigkeit des Testaments) nicht verfügungsbeugt ist oder wenn ihr dies infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt geworden ist.

6. Maßgebliches Recht und Gerichtsstand bei kaufmännischen und öffentlich-rechtlichen Kunden

(1) Geltung deutschen Rechts

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank gilt deutsches Recht.

(2) Gerichtsstand für Inlandskunden

Ist der Kunde ein Kaufmann und ist die streitige Geschäftsbeziehung dem Betriebe seines Handelsgewerbes zuzurechnen, so kann die Bank diesen Kunden an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht oder bei einem anderen zuständigen Gericht verklagen; dasselbe gilt für eine juristische Person des öffentlichen Rechts und für öffentlich-rechtliche Sondervermögen. Die Bank selbst kann von diesen Kunden nur an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht verklagt werden.

(3) Gerichtsstand für Auslandskunden

Die Gerichtsstandsvereinbarung gilt auch für Kunden, die im Ausland eine vergleichbare gewerbliche Tätigkeit ausüben, sowie für ausländische Institutionen, die mit inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder mit einem inländischen öffentlich-rechtlichen Sondervermögen vergleichbar sind.

Kontoführung

7. Rechnungsabschlüsse bei Kontokorrentkonten (Konten in laufender Rechnung)

(1) Erteilung der Rechnungsabschlüsse

Die Bank erteilt bei einem Kontokorrentkonto, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist, jeweils zum Ende eines Kalenderquartals einen Rechnungsabschluss; dabei werden die in diesem Zeitraum entstandenen beiderseitigen Ansprüche (einschließlich der Zinsen und Entgelte der Bank) verrechnet. Die Bank kann auf den Saldo, der sich aus der Verrechnung ergibt, nach Nummer 12 dieser Geschäftsbedingungen oder nach der mit dem Kunden anderweitig getroffenen Vereinbarung Zinsen berechnen.

(2) Frist für Einwendungen; Genehmigung durch Schweigen

Einwendungen wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit eines Rechnungsabschlusses hat der Kunde spätestens vor Ablauf von sechs Wochen nach dessen Zugang zu erheben; macht er seine Einwendungen in Textform geltend, genügt die Absendung innerhalb der Sechs-Wochen-Frist. Das Unterlassen rechtzeitiger Einwendungen gilt als Genehmigung. Auf diese Folge wird die Bank bei Erteilung des Rechnungsabschlusses besonders hinweisen. Der Kunde kann auch nach Fristablauf eine Berichtigung des Rechnungsabschlusses verlangen, muss dann aber beweisen, dass zu Unrecht sein Konto belastet oder eine ihm zustehende Gutschrift nicht erteilt wurde.

8. Storno- und Berichtigungsbuchungen der Bank

(1) Vor Rechnungsabschluss

Fehlerhafte Gutschriften auf Kontokorrentkonten (zum Beispiel wegen einer falschen Kontonummer) darf die Bank bis zum nächsten Rechnungsabschluss durch eine Belastungsbuchung

rückgängig machen, soweit ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Kunden zusteht (Stornobuchung); der Kunde kann in diesem Fall gegen die Belastungsbuchung nicht einwenden, dass er in Höhe der Gutschrift bereits verfügt hat.

(2) Nach Rechnungsabschluss

Stellt die Bank eine fehlerhafte Gutschrift erst nach einem Rechnungsabschluss fest und steht ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Kunden zu, so wird sie in Höhe ihres Anspruchs sein Konto belasten (Berichtigungsbuchung). Erhebt der Kunde gegen die Berichtigungsbuchung Einwendungen, so wird die Bank den Betrag dem Konto wieder gutschreiben und ihren Rückzahlungsanspruch gesondert geltend machen.

(3) Information des Kunden; Zinsberechnung

Über Storno- und Berichtigungsbuchungen wird die Bank den Kunden unverzüglich unterrichten. Die Buchungen nimmt die Bank hinsichtlich der Zinsberechnung rückwirkend zu dem Tag vor, an dem die fehlerhafte Buchung durchgeführt wurde.

9. Einzugsaufträge

(1) Erteilung von Vorbehaltsgutschriften bei der Einreichung

Schreibt die Bank den Gegenwert von Schecks und Lastschriften schon vor ihrer Einlösung gut, geschieht dies unter dem Vorbehalt ihrer Einlösung, und zwar auch dann, wenn diese bei der Bank selbst zahlbar sind. Reicht der Kunde andere Papiere mit dem Auftrag ein, von einem Zahlungspflichtigen einen Forderungsbetrag zu beschaffen (zum Beispiel Zinsscheine), und erteilt die Bank über den Betrag eine Gutschrift, so steht diese unter dem Vorbehalt, dass die Bank den Betrag erhält. Der Vorbehalt gilt auch dann, wenn die Schecks, Lastschriften und anderen Papiere bei der Bank selbst zahlbar sind. Werden Schecks oder Lastschriften nicht eingelöst oder erhält die Bank den Betrag aus dem Einzugsauftrag nicht, macht die Bank die Vorbehaltsgutschrift rückgängig. Dies geschieht unabhängig davon, ob in der Zwischenzeit ein Rechnungsabschluss erteilt wurde.

(2) Einlösung von Lastschriften und vom Kunden ausgestellter Schecks

Lastschriften sowie Schecks sind eingelöst, wenn die Belastungsbuchung nicht spätestens am zweiten Bankarbeitstag¹ – bei SEPA-Firmenlastschriften nicht spätestens am dritten Bankarbeitstag – nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht wird. Barschecks sind bereits mit Zahlung an den Scheckvorleger eingelöst. Schecks sind auch schon dann eingelöst, wenn die Bank im Einzelfall eine Bezahlung meldet. Schecks, die über die Abrechnungsstelle der Bundesbank vorgelegt werden, sind eingelöst, wenn sie nicht bis zu dem von der Bundesbank festgesetzten Zeitpunkt zurückgegeben werden.

10. Fremdwährungsgeschäfte und Risiken bei Fremdwährungskonten

(1) Auftragsausführung bei Fremdwährungskonten

Fremdwährungskonten des Kunden dienen dazu, Zahlungen an den Kunden und Verfügungen des Kunden in fremder Währung bargeldlos abzuwickeln. Verfügungen über Guthaben auf Fremdwährungskonten (zum Beispiel durch Überweisungen zu Lasten des Fremdwährungsguthabens) werden unter Einschaltung von Banken im Heimatland der Währung abgewickelt, wenn sie die Bank nicht vollständig innerhalb des eigenen Hauses ausführt.

(2) Gutschriften bei Fremdwährungsgeschäften mit dem Kunden

Schließt die Bank mit dem Kunden ein Geschäft (zum Beispiel ein Devisentermingeschäft) ab, aus dem sie die Verschaffung eines Betrages in fremder Währung schuldet, wird sie ihre Fremdwährungsverbindlichkeit durch Gutschrift auf dem Konto des Kunden in dieser Währung erfüllen, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist.

(3) Vorübergehende Beschränkung der Leistung durch die Bank

Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zu Lasten eines Fremdwährungsguthabens (Absatz 1) oder zur Erfüllung einer Fremdwährungsverbindlichkeit (Absatz 2) ist in dem Umfang und solange ausgesetzt, wie die Bank in der Währung, auf die das Fremdwährungsguthaben oder die Verbindlichkeit lautet, wegen politisch bedingter Maßnahmen oder Ereignisse im Lande dieser Währung nicht oder nur eingeschränkt verfügen kann. In dem Umfang und solange diese Maßnahmen oder Ereignisse andauern, ist die Bank auch nicht zu einer Erfüllung an einem anderen Ort außerhalb des Landes der Währung, in einer anderen Währung (auch nicht in Euro) oder durch Anschaffung von Bargeld verpflichtet. Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zu Lasten eines Fremdwährungsguthabens ist dagegen nicht ausgesetzt, wenn sie die Bank vollständig im eigenen Haus ausführen kann. Das Recht des Kunden und der Bank, fällige gegenseitige Forderungen in derselben Währung miteinander zu verrechnen, bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.

¹Bankarbeitstage sind alle Werktage außer: Sonnabende, 24. und 31. Dezember.

²International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer)

³Bank Identifier Code (Bank-Identifizierungs-Code)

(4) Wechselkurs

Die Bestimmung des Wechselkurses bei Fremdwährungsgeschäften ergibt sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“. Bei Zahlungsdiensten gilt ergänzend der Zahlungsdiensterahmenvertrag.

Mitwirkungspflichten des Kunden

11. Mitwirkungspflichten des Kunden

(1) Mitteilung von Änderungen

Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Geschäftsverkehrs ist es erforderlich, dass der Kunde der Bank Änderungen seines Namens und seiner Anschrift sowie das Erlöschen oder die Änderung einer gegenüber der Bank erteilten Vertretungsmacht (insbesondere einer Vollmacht) unverzüglich mitteilt. Diese Mitteilungspflicht besteht auch dann, wenn die Vertretungsmacht in ein öffentliches Register (zum Beispiel in das Handelsregister) eingetragen ist und ihr Erlöschen oder ihre Änderung in dieses Register eingetragen wird. Darüber hinaus können sich weitergehende gesetzliche Mitteilungspflichten, insbesondere aus dem Geldwäschegesetz, ergeben.

(2) Klarheit von Aufträgen

Aufträge müssen ihren Inhalt zweifelsfrei erkennen lassen. Nicht eindeutig formulierte Aufträge können Rückfragen zur Folge haben, die zu Verzögerungen führen können. Vor allem hat der Kunde bei Aufträgen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Angaben, insbesondere der Kontonummer und Bankleitzahl oder IBAN² und BIC³ sowie der Währung zu achten. Änderungen, Bestätigungen oder Wiederholungen von Aufträgen müssen als solche gekennzeichnet sein.

(3) Besonderer Hinweis bei Eilbedürftigkeit der Ausführung eines Auftrags

Hält der Kunde bei der Ausführung eines Auftrags besondere Eile für nötig, hat er dies der Bank gesondert mitzuteilen. Bei formularmäßig erteilten Aufträgen muss dies außerhalb des Formulars erfolgen.

(4) Prüfung und Einwendungen bei Mitteilungen der Bank

Der Kunde hat Kontoauszüge, Wertpapierabrechnungen, Depot- und Ertragnisaufstellungen, sonstige Abrechnungen, Anzeigen über die Ausführung von Aufträgen sowie Informationen über erwartete Zahlungen und Sendungen (Avisé) auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit unverzüglich zu überprüfen und etwaige Einwendungen unverzüglich zu erheben.

(5) Benachrichtigung der Bank bei Ausbleiben von Mitteilungen

Falls Rechnungsabschlüsse und Depotaufstellungen dem Kunden nicht zugehen, muss er die Bank unverzüglich benachrichtigen. Die Benachrichtigungspflicht besteht auch beim Ausbleiben anderer Mitteilungen, deren Eingang der Kunde erwartet (Wertpapierabrechnungen, Kontoauszüge nach der Ausführung von Aufträgen des Kunden oder über Zahlungen, die der Kunde erwartet).

Kosten der Bankdienstleistungen

12. Zinsen, Entgelte und Aufwendungen

(1) Zinsen und Entgelte im Geschäft mit Kunden, die keine Verbraucher sind

Die Höhe der Zinsen und Entgelte für die üblichen Bankleistungen, die die Bank gegenüber Kunden, die keine Verbraucher sind, erbringt, ergeben sich aus dem „Preisaushang – Regelsätze im standardisierten Privatkundengeschäft“ und aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“, soweit der „Preisaushang“ und das „Preis- und Leistungsverzeichnis“ übliche Bankleistungen gegenüber Kunden, die keine Verbraucher sind (zum Beispiel Geschäftskunden), ausweisen.

Wenn ein Kunde, der kein Verbraucher ist, eine dort aufgeführte Bankleistung in Anspruch nimmt und dabei keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, gelten die zu diesem Zeitpunkt im „Preisaushang“ oder „Preis- und Leistungsverzeichnis“ angegebenen Zinsen und Entgelte.

Im Übrigen bestimmt die Bank, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wurde und gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen, die Höhe von Zinsen und Entgelten nach billigem Ermessen (§ 315 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

(2) Nicht entgeltfähige Leistungen

Für eine Leistung, zu deren Erbringung die Bank kraft Gesetzes oder aufgrund einer vertraglichen Nebenpflicht verpflichtet ist oder die sie im eigenen Interesse wahrnimmt, wird die Bank kein Entgelt berechnen, es sei denn, es ist gesetzlich zulässig und wird nach Maßgabe der gesetzlichen Regelung erhoben.

(3) Änderung von Zinsen; Kündigungsrecht des Kunden bei Erhöhung

Die Änderung der Zinsen bei Krediten mit einem veränderlichen Zinssatz erfolgt aufgrund der jeweiligen Kreditvereinbarung mit dem Kunden. Die Bank wird dem Kunden Änderungen von Zin-

sen mitteilen. Bei einer Erhöhung kann der Kunde, sofern nichts anderes vereinbart ist, die davon betroffene Kreditvereinbarung innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe der Änderung mit sofortiger Wirkung kündigen. Kündigt der Kunde, so werden die erhöhten Zinsen für die gekündigte Kreditvereinbarung nicht zugrunde gelegt. Die Bank wird zur Abwicklung eine angemessene Frist einräumen.

(4) Änderungen von Entgelten bei typischerweise dauerhaft in Anspruch genommenen Leistungen

Änderungen von Entgelten für Bankleistungen, die von Kunden im Rahmen der Geschäftsverbindung typischerweise dauerhaft in Anspruch genommen werden (zum Beispiel Konto- und Depotführung), werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (zum Beispiel das Online-Banking), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt.

(5) Ersatz von Aufwendungen

Ein möglicher Anspruch der Bank auf Ersatz von Aufwendungen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

Sicherheiten für die Ansprüche der Bank gegen den Kunden

13. Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten

(1) Anspruch der Bank auf Bestellung von Sicherheiten

Die Bank kann für alle Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung die Bestellung bankmäßiger Sicherheiten verlangen, und zwar auch dann, wenn die Ansprüche bedingt sind (zum Beispiel Aufwendungsersatzanspruch wegen der Inanspruchnahme aus einer für den Kunden übernommenen Bürgschaft). Hat der Kunde gegenüber der Bank eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Kunden der Bank übernommen (zum Beispiel als Bürge), so besteht für die Bank ein Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten im Hinblick auf die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld jedoch erst ab ihrer Fälligkeit.

(2) Veränderung des Risikos

Hat die Bank bei der Entstehung von Ansprüchen gegen den Kunden zunächst ganz oder teilweise davon abgesehen, die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten zu verlangen, kann sie auch später noch eine Besicherung fordern. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass Umstände eintreten oder bekannt werden, die eine erhöhte Risikobewertung der Ansprüche gegen den Kunden rechtfertigen. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn

- sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden nachteilig verändert haben oder sich zu verändern drohen oder
- sich die vorhandenen Sicherheiten wertmäßig verschlechtern haben oder zu verschlechtern drohen.

Der Besicherungsanspruch der Bank besteht nicht, wenn ausdrücklich vereinbart ist, dass der Kunde keine oder ausschließlich im Einzelnen benannte Sicherheiten zu bestellen hat.

(3) Fristsetzung für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten

Für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten wird die Bank eine angemessene Frist einräumen. Beabsichtigt die Bank, von ihrem Recht zur fristlosen Kündigung nach Nr. 19 Absatz 3 dieser Geschäftsbedingungen Gebrauch zu machen, falls der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nicht fristgerecht nachkommt, wird sie ihn zuvor hierauf hinweisen.

14. Vereinbarung eines Pfandrechts zugunsten der Bank

(1) Einigung über das Pfandrecht

Der Kunde und die Bank sind sich darüber einig, dass die Bank ein Pfandrecht an den Wertpapieren und Sachen erwirbt, an denen eine inländische Geschäftsstelle im bankmäßigen Geschäftsverkehr Besitz erlangt hat oder noch erlangen wird. Die Bank erwirbt ein Pfandrecht auch an den Ansprüchen, die dem Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung zustehen oder künftig zustehen werden (zum Beispiel Kontoguthaben).

(2) Gesicherte Ansprüche

Das Pfandrecht dient der Sicherung aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche, die der Bank mit ihren sämtlichen in- und ausländischen Geschäftsstellen aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung gegen den Kunden zustehen. Hat der Kunde gegenüber der Bank eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Kunden der Bank übernommen (zum Beispiel als Bürge), so sichert das Pfandrecht die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld jedoch erst ab ihrer Fälligkeit.

(3) Ausnahmen vom Pfandrecht

Gelangen Gelder oder andere Werte mit der Maßgabe in die Verfügungsgewalt der Bank, dass sie nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden dürfen (zum Beispiel Bareinzahlung

zur Einlösung eines Wechsels), erstreckt sich das Pfandrecht der Bank nicht auf diese Werte. Dasselbe gilt für die von der Bank selbst ausgegebenen Aktien (eigene Aktien) und für die Wertpapiere, die die Bank im Ausland für den Kunden verwahrt. Außerdem erstreckt sich das Pfandrecht nicht auf die von der Bank selbst ausgegebenen eigenen Genussrechte/Genussscheine und nicht auf die verbrieften und nicht verbrieften nachrangigen Verbindlichkeiten der Bank.

(4) Zins- und Gewinnanteilscheine

Unterliegen dem Pfandrecht der Bank Wertpapiere, ist der Kunde nicht berechtigt, die Herausgabe der zu diesen Papieren gehörenden Zins- und Gewinnanteilscheine zu verlangen.

15. Sicherungsrechte bei Einzugspapieren und diskontierten Wechseln

(1) Sicherungsübereignung

Die Bank erwirbt an den ihr zum Einzug eingereichten Schecks und Wechseln im Zeitpunkt der Einreichung Sicherungseigentum. An diskontierten Wechseln erwirbt die Bank im Zeitpunkt des Wechselankaufs uneingeschränktes Eigentum; belastet sie diskontierte Wechsel dem Konto zurück, so verbleibt ihr das Sicherungseigentum an diesen Wechseln.

(2) Sicherungsabtretung

Mit dem Erwerb des Eigentums an Schecks und Wechseln gehen auch die zugrunde liegenden Forderungen auf die Bank über; ein Forderungsübergang findet ferner statt, wenn andere Papiere zum Einzug eingereicht werden (zum Beispiel Lastschriften, kaufmännische Handelspapiere).

(3) Zweckgebundene Einzugspapiere

Werden der Bank Einzugspapiere mit der Maßgabe eingereicht, dass ihr Gegenwert nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden darf, erstrecken sich die Sicherungsübereignung und die Sicherungsabtretung nicht auf diese Papiere.

(4) Gesicherte Ansprüche der Bank

Das Sicherungseigentum und die Sicherungsabtretung dienen der Sicherung aller Ansprüche, die der Bank gegen den Kunden bei Einreichung von Einzugspapieren aus seinen Kontokorrentkonten zustehen oder die infolge der Rückbelastung nicht eingelöster Einzugspapiere oder diskontierter Wechsel entstehen. Auf Anforderung des Kunden nimmt die Bank eine Rückübertragung des Sicherungseigentums an den Papieren und der auf sie übergegangenenen Forderungen an den Kunden vor, falls ihr im Zeitpunkt der Anforderung keine zu sichernden Ansprüche gegen den Kunden zustehen oder sie ihn über den Gegenwert der Papiere vor deren endgültiger Bezahlung nicht verfügen lässt.

16. Begrenzung des Besicherungsanspruchs und Freigabeverpflichtung

(1) Deckungsgrenze

Die Bank kann ihren Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten so lange geltend machen, bis der realisierbare Wert aller Sicherheiten dem Gesamtbetrag aller Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung (Deckungsgrenze) entspricht.

(2) Freigabe

Falls der realisierbare Wert aller Sicherheiten die Deckungsgrenze nicht nur vorübergehend übersteigt, hat die Bank auf Verlangen des Kunden Sicherheiten nach ihrer Wahl freizugeben, und zwar in Höhe des die Deckungsgrenze übersteigenden Betrages; sie wird bei der Auswahl der freizugebenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Kunden Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen. In diesem Rahmen ist die Bank auch verpflichtet, Aufträge des Kunden über die dem Pfandrecht unterliegenden Werte auszuführen (zum Beispiel Verkauf von Wertpapieren, Auszahlung von Sparguthaben).

(3) Sondervereinbarungen

Ist für eine bestimmte Sicherheit ein anderer Bewertungsmaßstab als der realisierbare Wert oder ist eine andere Deckungsgrenze oder ist eine andere Grenze für die Freigabe von Sicherheiten vereinbart, so sind diese maßgeblich.

17. Verwertung von Sicherheiten

(1) Wahlrecht der Bank

Wenn die Bank verwertet, hat die Bank unter mehreren Sicherheiten die Wahl. Sie wird bei der Verwertung und bei der Auswahl der zu verwertenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Kunden Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen.

(2) Erlösgutschrift nach dem Umsatzsteuerrecht

Wenn der Verwertungsvorgang der Umsatzsteuer unterliegt, wird die Bank dem Kunden über den Erlös eine Gutschrift erteilen, die als Rechnung für die Lieferung der als Sicherheit dienenden Sache gilt und den Voraussetzungen des Umsatzsteuerrechts entspricht.

Kündigung

18. Kündigungsrechte des Kunden

(1) Jederzeitiges Kündigungsrecht

Der Kunde kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen (zum Beispiel den Scheckvertrag), für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

(2) Kündigung aus wichtigem Grund

Ist für eine Geschäftsbeziehung eine Laufzeit oder eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart, kann eine fristlose Kündigung nur dann ausgesprochen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt, der es dem Kunden, auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange der Bank, unzumutbar werden lässt, die Geschäftsbeziehung fortzusetzen.

(3) Gesetzliche Kündigungsrechte

Gesetzliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

19. Kündigungsrechte der Bank

(1) Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist

Die Bank kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist kündigen (zum Beispiel den Scheckvertrag, der zur Nutzung von Scheckvordrucken berechtigt). Bei der Bemessung der Kündigungsfrist wird die Bank auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen. Für die Kündigung eines Zahlungsdienstvertrages (zum Beispiel laufendes Konto oder Kartenvertrag) und eines Depots beträgt die Kündigungsfrist mindestens zwei Monate.

(2) Kündigung unbefristeter Kredite

Kredite und Kreditzusagen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, kann die Bank jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird bei der Ausübung dieses Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen.

(3) Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist

Eine fristlose Kündigung der gesamten Geschäftsverbindung oder einzelner Geschäftsbeziehungen ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der der Bank deren Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Kunden unzumutbar werden lässt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,

- wenn der Kunde unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht hat, die für die Entscheidung der Bank über eine Kreditgewährung oder über andere mit Risiken für die Bank verbundene Geschäfte (zum Beispiel Aushändigung einer Zahlungskarte) von erheblicher Bedeutung waren oder
- wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder der Werthaltigkeit einer Sicherheit eintritt oder einzutreten droht und dadurch die Rückzahlung des Darlehens oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber der Bank – auch unter Verwertung einer hierfür bestehenden Sicherheit – gefährdet ist oder
- wenn der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nach Nummer 13 Absatz 2 dieser Geschäftsbedingungen oder aufgrund einer sonstigen Vereinbarung nicht innerhalb der von der Bank gesetzten angemessenen Frist nachkommt.

Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, es sei denn, dies ist wegen der Besonderheiten des Einzelfalles (§ 323 Absätze 2 und 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches) entbehrlich.

(4) Abwicklung nach einer Kündigung

Im Falle einer Kündigung ohne Kündigungsfrist wird die Bank dem Kunden für die Abwicklung (insbesondere für die Rückzahlung eines Kredits) eine angemessene Frist einräumen, soweit nicht eine sofortige Erledigung erforderlich ist (zum Beispiel bei der Kündigung des Scheckvertrages die Rückgabe der Scheckvordrucke).

Einlagensicherung

20. Schutz der Einlagen

Information über die Einlagensicherung

Bei der DNB Bank ASA handelt es sich um ein Kreditinstitut gemäß dem „Norwegian Financial Services Act“ vom 10. Juni 1988 Nr. 40 § 1-5 Nr. 3, wie in Artikel 1 der Ersten Bankenrichtlinie Nr. 77/780/EWG definiert. Die DNB Bank ASA - Filiale Deutschland ist folglich nicht Mitglied des Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Deutscher Banken, sondern Mitglied des Pflichtgarantiefonds der norwegischen Geschäftsbanken gemäß dem „Norwegian Act on Guarantee Schemes for Banks“ vom 6. Dezember 1996 Nr. 75.

Der Pflichtgarantiefond in Norwegen deckt die Einlagen bis zu einem Höchstbetrag von NOK 2 Millionen (oder Gegenwert) pro Kunde. Der Höchstbetrag von NOK 2 Millionen (oder Gegenwert) gilt auch, wenn der Kunde mehrere Konten bei der Bank unterhält.

Die Deckung der Einlagen in Filialen von norwegischen Kreditinstituten mit Sitz in anderen EWR-Staaten sind lt. § 2-11 Absatz 4 des „Norwegian Act on Guarantee Schemes for Banks“ auf den Garantiebtrag einer vergleichbaren Sicherungseinrichtung des gastgebenden Landes begrenzt.

Dadurch bestimmt sich die maximale Höhe des durch den Norwegischen Pflichtgarantiefonds der norwegischen Geschäftsbanken auszahlenden Garantiebetrages, der zur Deckung der bei der DNB Bank ASA – Filiale Deutschland unterhaltenen Einlagen ausgezahlt würde, nach der Höhe des Garantiebetrages, den die deutsche gesetzliche „Entschädigungseinrichtung deutscher Banken“ gemäß Einlagensicherungs – und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) zahlen würde.

Dieser gesetzliche Garantiebtrag gemäß EAEG ist auf maximal EUR 100.000 begrenzt. Dies ist auch der auf Einlagen bei der DNB Bank ASA, Filiale Deutschland anzuwendende garantierte Höchstbetrag, auf den in den AGB Bezug genommen wird.

Das Einlagensicherungssystem tritt in Kraft, wenn die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann. Eine Reduzierung tritt ein für jede Verbindlichkeit, die der Gläubiger gegenüber der Bank hat, wenn die Verbindlichkeit fällig ist und die Bank unter den üblichen gesetzlichen Regelungen das Recht hat, diese vorzunehmen. Soweit das Einlagensicherungssystem oder sein Beauftragter Zahlungen an einen Kunden leisten, geht die Kundenforderung gegen die Bank in der jeweiligen Höhe gleichzeitig auf das Einlagensicherungssystem über. Das gleiche gilt, wenn das Einlagensicherungssystem beim Fehlen von Anweisungen des Kunden Zahlungen auf ein Konto vornimmt, das zugunsten des Kunden bei einer anderen Bank eröffnet worden ist. Die Bank ist berechtigt, dem Einlagensicherungssystem oder seinem Beauftragten alle relevanten Daten offenzulegen und ihnen die notwendigen Dokumente zur Verfügung zu stellen.

Im Sicherungsfall wird die Abwicklung der Einlagensicherung für Einlagen deutscher Kunden – entsprechend § 23a des Kreditwesengesetzes (KWG) – durch die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH (EdB), Burchardstraße 24, 20095 Hamburg, koordiniert. Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt nach den gesetzlichen Vorgaben im Namen des norwegischen Einlagensicherungssystems (Bankenes sikringsfond). Deutsche Einleger können ihre Ansprüche im Sicherungsfall auch unmittelbar gegenüber der EdB als zuständiger Informations- und Anlaufstelle geltend machen.

Wegen weiterer Einzelheiten über die Bedingungen der Sicherung einschließlich der für die Geltendmachung der Entschädigungsansprüche erforderlichen Formalitäten wird auf die Homepage des Norwegischen Pflichtgarantiefonds in englischer Sprache (www.bankenessikringsfond.no) sowie auf die Homepage der „Entschädigungseinrichtung deutscher Banken“ (www.edb-banken.de) verwiesen.

21. Beschwerde- und Alternative Streitbeilegungsverfahren

Der Kunde hat folgende außergerichtliche Möglichkeiten:

- Der Kunde kann sich mit einer Beschwerde an die im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ genannte Kontaktstelle der Bank wenden. Die Bank wird Beschwerden in geeigneter Weise beantworten, bei Zahlungsdiensteverträgen erfolgt dies in Textform (zum Beispiel mittels Brief, Telefax oder E-Mail).
- Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der Verbraucherschlichtungsstelle „Ombudsmann der privaten Banken“ (www.bankenombudsmann.de) teil. Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit über einen Zahlungsdienstevertrag (§ 675f des Bürgerlichen Gesetzbuches), können Kunden den Ombudsmann der privaten Banken anrufen. Näheres regelt die „Verfahrensordnung des Ombudsmanns der privaten Banken“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird oder im Internet unter www.bankenombudsmann.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist in Textform (z. B. mittels Brief oder E-Mail) an die Geschäftsstelle des Ombudsmanns der privaten Banken, Postfach 04 03 07, 10062 Berlin, E-Mail: schlichtung@bdb.de, zu richten.
- Ferner besteht für den Kunden die Möglichkeit, sich jederzeit schriftlich oder zur dortigen Niederschrift bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, über Verstöße der Bank gegen das Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetz (ZAG), die §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) oder gegen Artikel 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche (EGBGB) zu beschweren.



The present translation is furnished for the customer's convenience only. The original German text of the General Business Conditions is binding in all respects. In the event of any divergence between the English and the German texts, constructions, meanings, or interpretations, the German text, construction, meaning or interpretation shall govern exclusively.

General Business Conditions

Basic Rules Governing the Relationship between the Customer and the Bank

The bank's services are exclusively aimed at entrepreneurs as defined in Section 14 of the German Civil Code (BGB). An entrepreneur is a natural or legal person or a partnership with legal capacity who, when entering into a legal transaction, acts in the exercise of their commercial or independent professional activity. These terms and conditions therefore apply exclusively to contracts and legal transactions with entrepreneurs. The bank does not offer any products or services to consumers.

1. Scope of application and amendments of these Business Conditions and the Special Conditions for particular business relations

(1) Scope of application

The General Business Conditions govern the entire business relationship between the customer and the bank's domestic offices (hereinafter referred to as the "Bank"). In addition, particular business relations (securities transactions, payment services and savings accounts, for example) are governed by Special Conditions, which contain deviations from, or complements to, these General Business Conditions; they are agreed with the customer when the account is opened or an order is given. If the customer also maintains business relations with foreign offices, the Bank's lien (No. 14 of these Business Conditions) also secures the claims of such foreign offices.

(2) Amendments

a) Offer of amendments

Any amendments to these General Business Conditions and the Special Conditions shall be offered to the customer in text form no later than two months before their proposed date of entry into force. If the customer has agreed an electronic communication channel (e.g. online banking) with the Bank within the framework of the business relationship, the amendments may also be offered through this channel.

b) Acceptance by the customer

The amendments offered by the Bank shall only become effective if the customer accepts them, where appropriate by way of the deemed consent set out in the following clause.

c) Acceptance by the customer by way of deemed consent

Silence on the part of the customer shall only be deemed to constitute acceptance of the offered amendments (deemed consent [*Zustimmungsfiktion*]) if

- aa. the Bank is offering amendments to restore the conformity of the contractual provisions with a changed legal position because a provision of these General Business Conditions or of the Special Conditions
 - is no longer consistent with the legal position as a result of a change in the law, including directly applicable legal provisions of the European Union, or
 - is rendered ineffective or may no longer be used as a result of a final court decision, including by a court of first instance, or
 - is no longer in compliance with the Bank's regulatory obligations as a result of a binding administrative act issued by a national or international competent authority for the Bank (e.g. the German Federal Financial Supervisory Authority [*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*] or the European Central Bank)

and

- bb. the customer has not rejected the Bank's offer of amendments before the proposed date of the entry into force of the changes.

In its offer of amendments, the Bank shall specifically draw the customer's attention to the consequences of remaining silent.

d) Exclusion of deemed consent

Deemed consent shall not apply

- to amendments to No. 1, paragraph 2 and No. 12, paragraph 5 of the General Business Conditions and to the corresponding provisions in the Special Conditions, or
- to amendments which amount to the conclusion of a new agreement, or
- to amendments which would significantly shift the previously agreed relationship between performance and remuneration in favour of the Bank.

In these cases, the Bank shall use other means to obtain the customer's consent to the amendments.

e) Customer's right of termination in cases of deemed consent

If the Bank makes use of deemed consent, the customer may also terminate the agreement affected by the amendment without notice and free of charge prior to the proposed date of entry into force of the amendments. The Bank shall specifically draw the customer's attention to this right of termination in its offer of amendments.

2. Banking secrecy and disclosure of banking affairs

(1) Banking secrecy

The Bank has the duty to maintain secrecy about any customer-related facts and evaluations of which it may have knowledge (banking secrecy). The Bank may only disclose information concerning the customer if it is legally required to do so or if the customer has consented thereto or if the Bank is authorized to disclose banking affairs.

(2) Disclosure of banking affairs

Any disclosure of details of banking affairs comprises statements and comments of a general nature concerning the economic status, the creditworthiness and solvency of the customer; no information shall be disclosed as to amounts of balances of accounts, of savings deposits, of securities deposits or of other assets entrusted to the Bank or as to amounts drawn under a credit facility.

(3) Prerequisites for the disclosure of banking affairs

The Bank shall be entitled to disclose banking affairs concerning legal entities and on businesspersons registered in the Commercial Register, provided that the inquiry relates to their business activities. The Bank shall not, however, disclose any information if it has received instructions to the contrary from the customer. Details of banking affairs concerning other persons, in particular retail customers and associations, shall be disclosed by the Bank only if such persons have expressly agreed thereto, either generally or in an individual case. Details of banking affairs shall be disclosed only if the requesting party has substantiated its justified interest in the information requested and there is no reason to assume that the disclosure of such information would be contrary to the customer's legitimate concerns.

(4) Recipients of disclosed banking affairs

The Bank shall disclose details of banking affairs only to its own customers as well as to other credit institutions for their own purposes or those of their customers.

3. Liability of the Bank; contributory negligence of the customer

(1) Principles of liability

In performing its obligations, the Bank shall be liable for any negligence on the part of its staff and of those persons whom it may call in for the performance of its obligations. If the Special Conditions for particular business relations or other agreements contain provisions inconsistent herewith, such provisions shall prevail. In the

event that the customer has contributed to the occurrence of the loss by any own fault (e.g. by violating the duties to cooperate as mentioned in No. 11 of these Business Conditions), the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the Bank and the customer shall have to bear the loss.

(2) Orders passed on to third parties

If the contents of an order are such that the Bank typically entrusts a third party with its further execution, the Bank performs the order by passing it on to the third party in its own name (order passed on to a third party). This applies, for example, to obtaining information on banking affairs from other credit institutions or to the custody and administration of securities in other countries. In such cases, the liability of the Bank shall be limited to the careful selection and instruction of the third party.

(3) Disturbance of business

The Bank shall not be liable for any losses caused by force majeure, riot, war or natural events or due to other occurrences for which the Bank is not responsible (e.g. strike, lock-out, traffic hold-ups, administrative acts of domestic or foreign high authorities).

4. Set-off limitations on the part of the customer who is not a consumer

A non-consumer customer may only set off claims against those of the Bank if the customer's claims are undisputed or have been confirmed by a final court decision. This set-off limitation shall not apply to any claim for which offsetting is invoked by the client that has its legal basis in a loan or financial support pursuant to Sections 513 and 491-512 of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*).

5. Right of disposal upon the death of the customer

Upon the death of the customer, any person who approaches the Bank claiming to be the customer's legal successor shall be required to furnish suitable proof to the Bank of their entitlement under inheritance law. If an official or certified copy of the testamentary disposition (last will or contract of inheritance) together with the relevant record of probate proceedings is presented to the Bank, the Bank may consider any person designated therein as heir or executor as the entitled person, allow this person to dispose of any assets and, in particular, make payment or delivery to this person, thereby discharging its obligations. This shall not apply if the Bank is aware that the person designated therein is not entitled to dispose (e.g. following challenge or invalidity of the will) or if this has not come to the knowledge of the Bank due to its own negligence.

6. Applicable law and place of jurisdiction for customers who are businesspersons or public-law entities

(1) Applicability of German law

German law shall apply to the business relationship between the customer and the Bank.

(2) Place of jurisdiction for domestic customers

If the customer is a businessperson and if the business relation in dispute is attributable to the conducting of such businessperson's trade, the Bank may sue such customer before the court having jurisdiction for the bank office keeping the account or before any other competent court; the same applies to legal entities under public law and separate funds under public law. The Bank itself may be sued by such customers only before the court having jurisdiction for the bank office keeping the account.

(3) Place of jurisdiction for foreign customers

The agreement upon the place of jurisdiction shall also apply to customers who conduct a comparable trade or business abroad and to foreign institutions which are comparable with domestic legal entities under public law or a domestic separate fund under public law.

Keeping of Accounts

7. Periodic balance statements for current accounts

(1) Issue of periodic balance statements

Unless otherwise agreed, the Bank shall issue a periodic balance statement for a current account at the end of each calendar quarter, thereby clearing the claims accrued by both parties during this period (including interest and charges imposed by the Bank). The Bank may charge interest on the balance arising therefrom in accordance with No. 12 of these Business Conditions or any other agreements entered into with the customer.

(2) Time allowed for objections; approval by silence

Any objections a customer may have concerning the incorrectness or incompleteness of a periodic balance statement must be raised not later than six weeks after its receipt; if the objections are made in text form, it is sufficient to dispatch these within the period of six weeks. Failure to make objections in due time shall be considered as approval. When issuing the periodic balance statement, the Bank shall expressly draw the customer's attention

to this consequence. The customer may demand a correction of the periodic balance statement even after expiry of this period, but must then prove that the account was either wrongly debited or mistakenly not credited.

8. Reverse entries and correction entries made by the Bank

(1) Prior to issuing a periodic balance statement

Incorrect credit entries on current accounts (e.g. due to a wrong account number) may be reversed by the Bank through a debit entry prior to the issue of the next periodic balance statement to the extent that the Bank has a repayment claim against the customer (reverse entry); in this case, the customer may not object to the debit entry on the grounds that a disposal of an amount equivalent to the credit entry has already been made.

(2) After issuing a periodic balance statement

If the Bank ascertains an incorrect credit entry after a periodic balance statement has been issued and if the Bank has a repayment claim against the customer, it shall debit the account of the customer with the amount of its claim (correction entry). If the customer objects to the correction entry, the Bank shall re-credit the account with the amount in dispute and assert its repayment claim separately.

(3) Notification to the customer; calculation of interest

The Bank shall immediately notify the customer of any reverse entries and correction entries made. With respect to the calculation of interest, the Bank shall effect the entries retroactively as of the day on which the incorrect entry was made.

9. Collection orders

(1) Conditional credit entries effected upon presentation of documents

If the Bank credits the countervalue of cheques and direct debits prior to their payment, this is done on condition of payment, even if these items are payable at the Bank itself. If the customer surrenders other items, instructing the Bank to collect an amount due from a debtor (e.g. interest coupons), and if the Bank effects a credit entry for such amount, this is done under the reserve that the Bank shall obtain the amount. This reserve shall also apply if the cheques, direct debits and other items are payable at the Bank itself. If cheques or direct debits are not paid or if the Bank does not obtain the amount under the collection order, the Bank shall cancel the conditional credit entry regardless of whether or not a periodic balance statement has been issued in the meantime.

(2) Payment of direct debits and of cheques made out by the customer

Direct debits and cheques shall be deemed to have been paid, unless the debit entry is cancelled prior to the end of the second bank working day¹ – in the case of SEPA business-to-business (B2B) direct debits, prior to the end of the third bank working day – after it was made. Cheques payable in cash shall be deemed to have been paid once their amount has been paid to the presenting party. Cheques shall also be deemed to have been paid as soon as the Bank dispatches an advice of payment. Cheques presented through the clearing office of the Bundesbank shall be deemed to have been paid, unless they are returned by the time stipulated by the Bundesbank.

10. Foreign currency transactions and risks inherent in foreign currency accounts

(1) Execution of orders relating to foreign currency accounts

Foreign currency accounts of the customer serve to effect the cashless settlement of payments to and disposals by the customer in foreign currency. Disposals of credit balances on foreign currency accounts (e.g. by means of credit transfers to the debit of the foreign currency credit balance) are settled through or by banks in the home country of the currency, unless the Bank executes them entirely within its own organisation.

(2) Credit entries for foreign currency transactions with the Customer

If the Bank concludes a transaction with the customer (e.g. a forward exchange transaction) under which it owes the provision of an amount in a foreign currency, it shall discharge its foreign currency obligation by crediting the account of the customer in the respective currency, unless otherwise agreed.

(3) Temporary limitation of performance by the Bank

The Bank's duty to execute a disposal order to the debit of a foreign currency credit balance (paragraph 1) or to discharge a foreign currency obligation (paragraph 2) shall be suspended to the extent that and for as long as the Bank cannot or can only restrictedly dispose of the currency in which the foreign currency credit balance or the obligation is denominated, due to political measures or events in the country of the respective currency. To the extent that and for as long as such measures or events persist, the Bank is not obligated either to perform at some other place outside the country of the respective currency, in some other cur-

¹Bank working days are all working days except Saturdays, 24 December and 31 December.

rency (including euros) or by providing cash. However, the Bank's duty to execute a disposal order to the debit of a foreign currency credit balance shall not be suspended if the Bank can execute it entirely within its own organisation. The right of the customer and of the Bank to set off mutual claims due in the same currency against each other shall not be affected by the above provisions.

(4) Exchange rate

The exchange rate for foreign currency transactions shall be determined on the basis of the "List of Prices and Services" (*Preis- und Leistungsverzeichnis*). Payment services shall be governed in addition by the payment services framework contract.

Duties of the Customer to Cooperate

11. Duties of the customer to cooperate

(1) Notification of changes

A proper settlement of business requires that the customer notify the Bank without delay of any changes in the customer's name and address, as well as the termination of, or amendment to, any powers of representation towards the Bank conferred to any person (in particular, a power of attorney). This notification duty also exists where the powers of representation are recorded in a public register (e.g. the Commercial Register) and any termination thereof or any amendments thereto are entered in that register. Additional statutory notification requirements, resulting from the German Money Laundering Act (*Geldwäschegesetz*) in particular, may apply.

(2) Clarity of orders

Orders must unequivocally show their contents. Orders that are not worded clearly may lead to queries, which may result in delays. In particular, when giving orders, the customer must ensure that the information the customer provides, particularly the domestic account number and bank code number (*Bankleitzahl*) or IBAN² and BIC³ and the currency, are complete and correct. Amendments, confirmations or repetitions of orders must be designated as such.

(3) Special reference to urgency in connection with the execution of an order

If the customer feels that an order requires particularly prompt execution, the customer shall notify the Bank of this fact separately. For orders issued on a printed form, this must be done separately from the form.

(4) Examination of, and objections to, notification received from the Bank

The customer must immediately examine account statements, securities contract notes, statements of securities holdings and earnings, other statements, advices of execution of orders, as well as information on expected payments and consignments (advices), as to their correctness and completeness and immediately raise any objections relating thereto.

(5) Notice to the Bank in case of non-receipt of statements

The customer must notify the Bank immediately if periodic balance statements and statements of securities holdings are not received. The duty to notify the Bank also exists if other advices expected by the customer are not received (e.g. securities contract notes, account statements after execution of customer orders or regarding payments expected by the customer).

Cost of Bank Services

12. Interest, charges and expenses

(1) Interest and charges in business with customers who are not consumers

The amount of interest and charges for the customary banking services which the Bank provides to customers who are not consumers is set out in the "Price Display – Standard rates for retail banking" (*Preisauhang – Regelsätze im standardisierten Privatkundengeschäft*) and the "List of Prices and Services" (*Preis- und Leistungsverzeichnis*), provided that the Price Display and the "List of Prices and Services" include customary banking services to customers who are not consumers (e.g. business customers).

If a customer who is not a consumer makes use of a service included therein, and unless otherwise agreed between the Bank and the customer, the interest and charges stated in the then valid Price Display or "List of Prices and Services" are applicable.

Otherwise, in the absence of any other agreement or conflict with statutory provisions, the Bank shall determine the amount of interest and charges at its reasonable discretion (Section 315 of the German Civil Code [*Bürgerliches Gesetzbuch*]).

(2) Non-chargeable service

The Bank shall not charge for any service which it is required to provide by law or pursuant to a contractual accessory obligation or which it performs in its own interest, unless such charge is legally permissible and levied in accordance with the relevant statutory provisions.

(3) Changes in interest rates; right of termination by the customer in the event of an increase

In the case of variable interest rate loans, the interest rate shall be adjusted in accordance with the terms of the respective loan agreement. The Bank shall notify the customer of any interest rate adjustments. If the interest rate is increased, the customer may, unless otherwise agreed, terminate the loan agreement affected thereby with immediate effect within six weeks from notification of the change. If the customer terminates the loan agreement, any such increased interest rate shall not be applied to the terminated loan agreement. The Bank shall allow a reasonable period of time for settlement.

(4) Changes in charges for services typically used on a permanent basis

Changes in charges for banking services which are typically used by customers within the framework of the business relationship on a permanent basis (e.g. account/securities account management) shall be offered to the customer in text form no later than two months before their proposed date of entry into force. If the customer has agreed an electronic communication channel (e.g. online banking) with the Bank within the framework of the business relationship, the changes may also be offered through this channel. The changes offered by the Bank shall only become effective if the customer accepts them.

(5) Reimbursement of expenses

Any entitlement by the Bank to reimbursement of expenses shall be governed by the applicable statutory provisions.

Security for the Bank's Claims Against the Customer

13. Providing or increasing security

(1) Right of the Bank to request security

The Bank may demand that the customer provide the usual forms of security for any claims that may arise from the banking relationship, even if such claims are conditional (e.g. indemnity for amounts paid under a guarantee issued on behalf of the customer). If the customer has assumed a liability for another customer's obligations towards the Bank (e.g. as a surety), the Bank is, however, not entitled to demand that security be provided or increased for the debt resulting from such liability incurred before the maturity of the debt.

(2) Changes in the risk

If the Bank, upon the creation of claims against the customer, has initially dispensed wholly or partly with demanding that security be provided or increased, it may nonetheless make such a demand at a later time, provided, however, that circumstances occur or become known which justify a higher risk assessment of the claims against the customer. This may, in particular, be the case if

- the economic status of the customer has changed or threatens to change in a negative manner or
- the value of the existing security has deteriorated or threatens to deteriorate.

The Bank has no right to demand security if it has been expressly agreed that the customer either does not have to provide any security or must only provide that security which has been specified.

(3) Setting a period of time for providing or increasing security

The Bank shall allow a reasonable period of time for providing or increasing security. If the Bank intends to make use of its right of termination without notice according to No. 19 (3) of these Business Conditions should the customer fail to comply with the obligation to provide or increase security within such period, it shall draw the customer's attention to this consequence before doing so.

14. Lien in favour of the Bank

(1) Agreement on the lien

The customer and the Bank agree that the Bank acquires a lien on the securities and chattels which, within the scope of banking business, have come or may come into the possession of a domestic office of the Bank. The Bank also acquires a lien on any claims which the customer has or may in future have against the Bank arising from the banking relationship (e.g. credit balances).

(2) Secured claims

The lien serves to secure all existing, future and contingent claims arising from the banking relationship which the Bank with all its domestic and foreign offices is entitled to against the customer. If the customer has assumed liability for another customer's obligations towards the Bank (e.g. as a surety), the lien shall not secure the debt resulting from the liability incurred before the maturity of the debt.

²International Bank Account Number

³Bank Identifier Code

(3) Exemptions from the lien

If funds or other assets come into the power of disposal of the Bank under the reserve that they may only be used for a specified purpose (e.g. deposit of cash for payment of a bill of exchange), the Bank's lien does not extend to these assets. The same applies to shares issued by the Bank itself (own shares) and to securities which the Bank keeps in custody abroad for the customer's account. Moreover, the lien extends neither to the profit-participation rights/profit-participation certificates (*Genussrechte/Genussscheine*) issued by the Bank itself nor to the Bank's securitised and non-securitised subordinated liabilities.

(4) Interest and dividend coupons

If securities are subject to the Bank's lien, the customer is not entitled to demand the delivery of the interest and dividend coupons pertaining to such securities.

15. Security interests in the case of items for collection and discounted bills of exchange

(1) Transfer of ownership by way of security

The Bank acquires ownership by way of security of any cheques and bills of exchange deposited for collection at the time such items are deposited. The Bank acquires absolute ownership of discounted bills of exchange at the time of the purchase of such items; if it re-debits discounted bills of exchange to the account, it retains the ownership by way of security in such bills of exchange.

(2) Assignment by way of security

The claims underlying the cheques and bills of exchange shall pass to the Bank simultaneously with the acquisition of ownership in the cheques and bills of exchange; the claims also pass to the Bank if other items are deposited for collection (e.g. direct debits, documents of commercial trading).

(3) Special-purpose items for collection

If items for collection are deposited with the Bank under the reserve that their countervalue may only be used for a specified purpose, the transfer or assignment of ownership by way of security does not extend to these items.

(4) Secured claims of the Bank

The ownership transferred or assigned by way of security serves to secure any claims which the Bank may be entitled to against the customer arising from the customer's current account when items are deposited for collection or arising as a consequence of the re-debiting of unpaid items for collection or discounted bills of exchange. Upon request of the customer, the Bank retransfers to the customer the ownership by way of security of such items and of the claims that have passed to it if it does not, at the time of such request, have any claims against the customer that need to be secured or if it does not permit the customer to dispose of the countervalue of such items prior to their final payment.

16. Limitation of the claim to security and obligation to release

(1) Cover limit

The Bank may demand that security be provided or increased until the realisable value of all security corresponds to the total amount of all claims arising from the banking business relationship (cover limit).

(2) Release

If the realisable value of all security exceeds the cover limit on a more than temporary basis, the Bank shall, at the customer's request, release security items as it may choose in the amount exceeding the cover limit; when selecting the security items to be released, the Bank shall take into account the legitimate concerns of the customer or of any third party having provided security for the customer's obligations. To this extent, the Bank is also obliged to execute orders of the customer relating to the items subject to the lien (e.g. sale of securities, repayment of savings deposits).

(3) Special agreements

If assessment criteria for a specific security item other than the realisable value or another cover limit or another limit for the release of security have been agreed, these other criteria or limits shall apply.

17. Realisation of security

(1) Option of the Bank

If the Bank realises security, it may choose between several security items. When realising security and selecting the items to be realised, the Bank shall take into account the legitimate concerns of the customer and any third party who may have provided security for the obligations of the customer.

(2) Credit entry for proceeds under turnover tax law

If the transaction of realisation is subject to turnover tax, the Bank shall provide the customer with a credit entry for the proceeds, such entry being deemed to serve as invoice for the supply of the item given as security and meeting the requirements of turnover tax law (*Umsatzsteuerrecht*).

Termination

18. Termination rights of the customer

(1) Right of termination at any time

Unless the Bank and the customer have agreed a term or a diverging termination provision, the customer may at any time, without notice, terminate the business relationship as a whole or particular business relations (e.g. a chequing agreement).

(2) Termination for reasonable cause

If the Bank and the customer have agreed a term or a diverging termination provision for a particular business relation, such relation may only be terminated without notice if there is reasonable cause therefor which makes it unacceptable to the customer to continue it, also after giving consideration to the legitimate concerns of the Bank.

(3) Statutory termination rights

Statutory termination rights shall not be affected.

19. Termination rights of the Bank

(1) Termination upon notice

Upon observing a reasonable period of notice, the Bank may at any time terminate the business relationship as a whole or particular business relations for which neither a term nor a diverging termination provision has been agreed (e.g. the chequing agreement authorizing the use of cheque forms). In determining the period of notice, the Bank shall take into account the legitimate concerns of the customer. The minimum termination notice for a payment services framework contract (e.g. current account or card contract) and a securities account shall be two months.

(2) Termination of loans with no fixed term

Loans and loan commitments for which neither a fixed term nor a diverging termination provision has been agreed may be terminated at any time by the Bank without notice. When exercising this right of termination, the Bank shall give due consideration to the legitimate concerns of the customer.

(3) Termination for reasonable cause without notice

Termination of the business relationship as a whole or of particular business relations without notice is permitted if there is reasonable cause which makes it unacceptable to the Bank to continue the business relations, also after having given consideration to the legitimate concerns of the customer. Reasonable cause is given in particular

- if the customer has made incorrect statements as to the customer's financial status, provided such statements were of significant importance for the Bank's decision concerning the granting of credit or other operations involving risks for the Bank (e.g. the delivery of a payment card), or
- if a substantial deterioration in the customer's financial status or in the value of security occurs or threatens to occur, jeopardizing the repayment of a loan or the discharge of any other obligation towards the Bank even if security provided therefor is realised, or
- if the customer fails to comply, within the required period of time allowed by the Bank, with the obligation to provide or increase security according to No. 13 (2) of these Business Conditions or to the provisions of some other agreement.

If reasonable cause is given due to the breach of a contractual obligation, termination shall only be permitted after expiry, without result, of a reasonable period of time fixed for corrective action by the customer or after a warning to the customer has proved unsuccessful, unless this proviso can be dispensed with owing to the special features of a particular case (Section 323 (2) and (3) of the German Civil Code [*Bürgerliches Gesetzbuch*]).

(4) Settlement following termination

In the event of termination without notice, the Bank shall allow the customer a reasonable period of time for settlement (in particular for the repayment of a loan), unless it is necessary to attend immediately thereto (e.g. the return of cheque forms following termination of a chequing agreement).

Deposit Protection

20. Protection of deposits

Information on deposit protection

DNB Bank ASA is a credit institution under the Norwegian Financial Services Act of 10th June 1988 no. 40 par. 1-5 no. 3 and as defined in article 1 in the First Banking Directive 77/780/EEC. As DNB Bank ASA - Filiale Deutschland is a branch of a Norwegian credit institution, neither the branch nor the credit institution as such is a member of the Deposit Protection Fund of the Association of German Banks, but a mandatory member of the Norwegian obligatory Guarantee Fund in accordance with the Norwegian Act on Guarantee Schemes for Banks of 6 December 1996 no. 75.

The obligatory Guarantee Fund in Norway normally covers deposits up to a maximum of NOK 2 million (or equivalent) for

any depositor in a member bank. The maximum amount of NOK 2 million (or equivalent) applies even if the depositor has several accounts with the bank. However, according to par. 2-11 sec. four of the Norwegian Act on Guarantee Schemes for Banks, the coverage on deposits made in branches of Norwegian credit institutions established in other EEA countries is limited to the coverage which would have been disbursed had the deposit been covered by the similar guarantee fund of that host state.

Thus, the coverage by the obligatory Guarantee Fund in Norway on deposits made in DNB Bank ASA - Filiale Deutschland, is limited to the coverage which would have been disbursed had the deposit been covered by the official German compensation scheme ("Entschädigungseinrichtung deutscher Banken") according to the Deposit protection and Investor Compensation Act (EAEG). The maximum amount pursuant to the EAEG is set at EUR 100.000 which will be the amount to be applied here for deposits made in DNB Bank ASA - Filiale Deutschland in accordance with the further terms and conditions as set out in this wording.

The guarantee becomes effective if the Bank should itself be unable to meet its obligations. A deduction shall be made for any debt the depositor may have to the Bank if the debt is due for settlement and the Bank has the right to such set-off under ordinary legal rules. To the extent that the obligatory compensation scheme or its mandatory makes payments to a customer, the respective amount of the customer's claims against the Bank is simultaneously assigned to the compensation scheme. The same applies if in the absence of instructions from the customer the obligatory compensation scheme makes payments into an account which is opened in favor of the customer at another bank. The Bank shall be entitled to disclose to the obligatory compensation scheme or to its mandatory all relevant information and to place necessary documents at their disposal.

For further information we refer to the homepage of the Norwegian Guarantee Fund (www.bankenessikringsfond.no) and to the homepage of the legal German Compensation Scheme (Entschädigungseinrichtung deutscher Banken, www.edbbanken.de).

Complaint Channels/ Ombudsman Scheme

21. Complaints procedure and alternative dispute resolution

Customers have the following out-of-court options:

- Customers may address a complaint to the contact point specified by the Bank in its "List of Prices and Services". The Bank will answer complaints in an appropriate manner; where payment services contracts are concerned, it will do so in text form (e.g. by letter, telefax or email).
- The Bank participates in the dispute resolution scheme run by the consumer arbitration body "The German Private Banks' Ombudsman" (www.bankenombudsmann.de). Where disputes concerning a payment services contract (Section 675f of the German Civil Code [*Bürgerliches Gesetzbuch*]) are involved, customers may request their resolution by the Ombudsman. Further details are contained in the "Rules of Procedure for the German Private Banks' Ombudsman", which are available on request or can be downloaded from the Internet at www.bankenombudsmann.de.

Complaints should be addressed in text form (e.g. by letter or email) to the German Private Banks' Ombudsman Office, P.O. Box (Postfach) 04 03 07, 10062 Berlin; email: schlichtung@bdb.de.

- In addition, customers may make complaints at any time in writing or orally on the record to the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – BaFin*), Graurheindorfer Strasse 108, 53117 Bonn, about breaches by the Bank of the German Payment Services Supervision Act (*Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz*), Sections 675c – 676c of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) or Article 248 of the Act Introducing the German Civil Code (*Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch*).